

Berlin, 17. Mai 2023

Bundesgeschäftsstelle  
Kleiststraße 35  
10787 Berlin

## Hass nimmt zu – Internationaler Tag gegen Homo-, Bi-, und Trans\*Feindlichkeit

### Kontakt

[oeffentlichkeitsarbeit@dgti.org](mailto:oeffentlichkeitsarbeit@dgti.org)

### Verantwortlich im Vorstand

Petra Weitzel  
1. Vorsitzende  
[petra.weitzel@dgti.org](mailto:petra.weitzel@dgti.org)  
+49 151 75049494

Andrea Ottmer  
2. Vorsitzende  
[andrea.ottmer@dgti.org](mailto:andrea.ottmer@dgti.org)  
+49 15780397392

### Kurzinfo

(bei Bedarf auch ausführlicher erhältlich)

Die Deutsche Gesellschaft für Transidentität und Intersexualität e. V. (dgti) ist ein aus der Selbsthilfe entstandener Verein, der sich zum Ziel gesetzt hat, die Akzeptanz von trans\*-, intergeschlechtlichen- und nicht-binären (TIN\*) Menschen innerhalb der Gesellschaft auf allen Ebenen zu fördern. Als Bundesverband vertreten wir eigenständig TIN\* Personen und deren Unterstützer\*innen.

**Am heutigen Tag wird international der Tag gegen Homo-, Bi- und Trans\* und Inter\*feindlichkeit begangen. Der 17.5. markiert den Wegfall der Einstufung von Homosexualität als Krankheit im Diagnoseschlüssel der WHO am 17.5.1990.**

Am heutigen Tag sind wir sichtbar, wollen wir Sichtbarkeit von Lesben und Schwulen, von bisexuellen sowie trans\* und intergeschlechtlichen Menschen schaffen – um darauf aufmerksam zu machen, dass wir immer noch benachteiligt und verfolgt werden. Sichtbarkeit bedeutet aber auch Gefahr, insbesondere für trans\*, intergeschlechtliche und nichtbinäre (tin\*)Menschen. Selbst innerhalb der Communities droht uns tin\*Personen Ablehnung. Wir werden abgelehnt, zurückgewiesen und immer öfter auch deutlich wahrnehmbar angegriffen. Wir werden beleidigt, angepöbelt, geschlagen und verletzt. Wir werden sogar getötet und in vielen Ländern ermordet, besonders da, wo Hassrede zu viel Freiraum hat.

Wir wurden und werden immer noch unsichtbar gemacht. Manche wollen uns aus der Öffentlichkeit verdrängen. Mancherorts droht man uns mit Verboten sichtbar zu sein, gefolgt von Haft oder gar der Todesstrafe. Auch ein Verbot medizinischer Unterstützung kann für uns tödlich sein. Die rechtlichen und sozialen Freiheiten und die Akzeptanz, die wir uns mühsam erkämpft haben, werden angegriffen und zurückgedrängt. Auch hier bei uns in Deutschland, von Bayern bis Hamburg, überall.

Uns gab es schon immer, wir sind Teil der Communities, Teil der Gesellschaft, die erst durch ihre Vielfalt und Akzeptanz für alle ein lieben- und lebenswerter Ort ist.

Wir wollen selbstbestimmt und anerkannt unsere Geschlechter leben können, unsere Liebe leben können, Eltern unserer Kinder sein. Dafür sind wir heute und an jedem anderen Tag sichtbar und stehen für unsere Menschenrechte ein.